

Mündliche Anfragen

zur 4. Fragestunde

in der 16. Plenarsitzung vom 21. Oktober 2021

1. Anfrage des Abg.
Hans-Jürgen Goßner AfD

Eingang: 8.10.2021

Brandschutzinventuren aufgrund der E-Mobilität

- a) Ist in der nächsten Zeit eine Inventur der Garagen, Tiefgaragen und Parkhäuser geplant, um der Dynamik im Bereich des Brandschutzes bei einer erwartbaren und von Land und Bund angestrebten massiven Erhöhung der E-Mobil-Zahlen nebst dem gegenüber Verbrennungsmotoren gänzlich anderen Brandverhalten dieser Fahrzeuge Rechnung zu tragen?
- b) Ab welchem Anteil von E-Mobilen in einer Region oder in einem erwartbaren Kundenkreis sieht die Landesregierung einen zwingenden Bedarf dafür, Massenparkplätze, etwa in öffentlichen Parkhäusern, bei Sicherheitsmängeln im Falle brennender E-Fahrzeuge zumindest für diesen Fahrzeugtyp zu sperren?

2. Anfrage des Abg.
Daniel Born SPD

Eingang: 8.10.2021

Rückwirkende Regelung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes

- a) Strebt die Landesregierung beim Zweckentfremdungsverbotsgesetz bei lang anhaltendem Leerstand eine rückwirkende Regelung an bzw. will sie in dieser Frage gegebenenfalls eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten, die sich auf einen anderen Sachverhalt, nämlich die Nutzung einer Wohnung als Ferienwohnung oder für gewerbliche oder sonstige berufliche Zwecke vor Inkrafttreten einer Zweckentfremdungssatzung, bezieht?
- b) Warum duldet die Landesregierung weiterhin lang anhaltenden Leerstand, statt diesen schon jetzt mit einer gesetzlichen Klarstellung zu verbieten?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP

Eingang: 11.10.2021

Ablauf der Beantragung des aktuellen Planfeststellungsverfahrens für den vierstreifigen Ausbau der B 10 zwischen Pforzheim-Eutingen und Niefern

- a) Aus welchen Gründen wurde das bereits am 31. März 2008 vom Regierungspräsidium Karlsruhe beantragte erste Planfeststellungsverfahren für den vierstreifigen Ausbau der B 10 zwischen Pforzheim-Eutingen und Niefern am 4. Februar 2021 eingestellt und bereits am gleichen Tag ein neues Planfeststellungsverfahren für den B-10-Ausbau beantragt?

- b) Aus welchen Gründen wurde die Beantragung des zweiten Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der B 10 nicht um wenige Wochen in den März 2021 verschoben, um eine Anwendung der neuen und strengeren Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen (RLS-19) zu garantieren und so insbesondere auch Vorwürfen aus dem Weg zu gehen, auf Kosten des Lärmschutzes für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner Geld sparen zu wollen?

4. Anfrage des Abg.
Miguel Klauß AfD

Eingang: 11.10.2021

Sicherheit im ÖPNV für Personal und Fahrgäste

- a) Welche Maßnahmen werden von der Landesregierung als Aufgabenträgerin des Personennahverkehrs im Einzelnen ergriffen, um das Personal sowie Fahrgäste und Passanten besser vor den in den letzten Jahren zu beobachtenden Stößen ins Gleisbett oder auf Treppen zu schützen sowie auch vor anderen Rohheitsdelikten wie Messerangriffen, Schlagstockattacken, Beiß- und Kratzattacken?
- b) Welche Maßnahmen ergreift sie insbesondere als Aufgabenträgerin des Personennahverkehrs, um ÖPNV-Bedienstete wie Fahrkartenkontrolleure, Busfahrer oder Lokführer, aber auch Fahrgäste während und vor der Fahrt vor aggressiven und gewaltbereiten Mitreisenden und Passanten zu schützen?

5. Anfrage des Abg.
Miguel Klauß AfD

Eingang: 11.10.2021

Sicherheits- und Kostenrisiko, bedingt durch brennende Fahrzeuge

- a) Gedenkt die Landesregierung, künftig die Brände von Fahrzeugen getrennt nach Größe und Antriebsart sowie eingetretenen Schäden und Gefahren statistisch zu erfassen, und, wenn ja, welche konkreten Kriterien sollen dabei abgefragt werden?
- b) Wer trägt die Kosten für die Lagerung und Entsorgung der Tauchcontainer, in denen Wracks ausgebrannter E-Mobile lagern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, eine Umwälzung von Zwischenlagerungs- und Entsorgungskosten auf die Feuerwehren auszuschließen?

6. Anfrage des Abg.
Daniel Lindenschmid AfD

Eingang: 11.10.2021

Erfassung von Kfz-Bränden nach der Art des Antriebs

- a) Aus welchem Grund sieht die Landesregierung einen zu großen Erfassungsaufwand darin, Fahrzeugbrände nach der Art des Antriebs zu differenzieren, obgleich sowohl die Antriebsart des Fahrzeugs durch die Kfz-Zulassungsstelle als auch das Kennzeichen des brennenden Fahrzeugs durch die Rettungs- bzw. Ordnungskräfte erfasst werden?
- b) Für wie groß hält die Landesregierung den Aufwand, der notwendig wäre, um die beiden bereits in Datenbanken erfassten Eigenschaften elektronisch abzufragen?

7. Anfrage des Abg.
Daniel Lindenschmid AfD

Eingang: 11.10.2021

Aussage von Innenminister Strobl zur politisch motivierten Kriminalität (PMK)

- a) Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen der Einstufung einer Hakenkreuz-Schmiererei und den Worten „I FUCK gERMAN“ (sic!) als „PMK – rechts“ (siehe Drucksache 17/758, Antwort auf Frage 1, rechte Tabellenspalte) und der Aussage von Innenminister Thomas Strobl in der Plenarsitzung des Landtags am 7. Oktober 2021, als er in Erwiderung zur Darstellung dieses Sachverhalts durch den Fragesteller erklärte: „Das heißt also beispielsweise: Ein Hakenkreuz, das irgendwo aufgesprüht wird und bei dem nicht klar ist, ob das aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus geschieht, (...) wird bei uns nicht unter ‚Rechtsextremismus‘ verortet, sondern unter ‚nicht zuordenbar‘“?
- b) Wird sie veranlassen, dass der vorgenannte Sachverhalt nun nachträglich in die Rubrik „PMK – nicht zuzuordnen“ – aufgenommen wird, und, wenn nein, warum nicht?